

6,6 % bei 12 Monaten – das ist das Mindeste!

Solidarität mit den Telekom-Beschäftigten!

Schon wieder reibt man sich die Augen, wenn man sich die täglichen Preissteigerungen anschaut. Die Benzinpreise sind nur der Anfang. Die Preisexplosion bei Öl und Gas schlägt auch bald wieder auf die Lebensmittel und die allgemeinen Lebenshaltungskosten durch.

Die Forderung nach 6,6 Prozent bzw. 120 Euro für Auszubildende und Studierende monatlich mehr bei einer Laufzeit von 12 Monaten ist daher das Mindeste, was erkämpft werden muss, um deutliche dauerhafte Reallohnverluste zu vermeiden. Zusätzlich müsste eigentlich die Forderung nach einem automatischen Inflationsausgleich gestellt werden. Denn je nachdem, wie sich die Weltwirtschaft weiter entwickelt, kann die Inflation noch deutlich ansteigen.

Mitgliederbonus

Zum ersten Mal wird eine ver.di-Mitgliederkomponente von 660 Euro gefordert. Viele finden das richtig. Allerdings ist ein solcher Bonus kein Garant für einen stärkeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Für mehr Kampfkraft braucht es vor allem das Vertrauen, dass es möglich ist, mit der Gewerkschaft den eigenen Arbeitsplatz, die Löhne und Arbeitsbedingungen **tatsächlich** zu verteidigen oder verbessern zu können.

Dafür braucht es gute Kampfstrategien und eine demokratische Streikführung.

Milliardengewinne

Durch verschiedene Strukturveränderungen wurde über Jahre der Kostendruck auf die Beschäftigten abgewälzt, bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität. Digitalisierung und Automatisierung wurden eingesetzt, Arbeitsplätze abgebaut und die verbleibenden Beschäftigten sollten immer mehr in derselben Arbeitszeit schaffen.

Der Produktivitätszuwachs kommt nicht bei den Beschäftigten an, sondern bei den Großaktionär*innen. 2025 meldete die Telekom stabile Gewinne bei weiter gestiegenem Umsatz und erhöhten Dividenden.



Um die Ausschüttungen an Aktienbesitzer*innen macht sich der Vorstand mehr Gedanken als um die Löhne der Beschäftigten. So gibt es dieses Jahr ein erneutes Aktien-Rückkaufprogramm, um damit die Dividenden zu sichern.

KI

Gleichzeitig droht der Vorstand mit Arbeitsplatzabbau, besonders aufgrund des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz. So setzen die Bosse ver.di und den Kolleg*innen die Pistole auf die Brust, weniger Lohnerhöhungen zu akzeptieren für den angeblichen Erhalt von Arbeitsplätzen. Doch Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze. Im Gegenteil. Je mehr man sich auf dieses Spiel einlässt, umso stärker wird die Position der Arbeitgeberseite. Stattdessen sollten Gewerkschaft und Beschäftigte selbstbewusst kämpfen. Schließlich sind es die Kolleg*innen, die mit ihrer Arbeit die Werte schaffen. Der Einsatz von KI sowie Produktivitätssteigerung sollte den Beschäftigten zugute kommen, durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Telekom zurück in öffentliches Eigentum!

Wenn gesagt wird, dass niedrigere Löhne und Stellenabbau aufgrund des Konkurrenzdrucks akzeptiert werden müssen, dann spricht das gegen das Prinzip von Konkurrenz und die Profitausrichtung. Der Konkurrenzdruck verursacht viel Verschwendung, zum Beispiel für Werbung und den parallelen Ausbau von Netzen und Transportketten durch verschiedene Unternehmen. Eine staatliche Telekom unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten, Gewerkschaften und Verbraucher*inneninitiativen könnte sowohl die Interessen der Verbraucher*innen besser berücksichtigen, als auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten deutlich verbessern. Ver.di sollte auch über die Folgen der Privatisierungspolitik aufklären und die Forderung formulieren, dass Infrastruktur und Kommunikationsdienste als Teil der Daseinsvorsorge zurück in öffentliches Eigentum überführt werden müssen. Darüber könnte auch die Solidarität für den Streik gestärkt werden.

Erzwingungsstreik

Allein mit routinemäßigen Warnstreiks ist es wahrscheinlich nicht möglich, ausreichend Druck auszuüben, um die Forderungen bei zwölf Monaten Laufzeit durchzusetzen. Gerade in der jetzigen angespannten Lage, in denen die Preise voraussichtlich weiter steigen werden, ist es wichtig, eine Perspektive für die Durchsetzung der Forderungen aufzuzeigen. Dazu wäre es nötig, sich auf eine Urabstimmung zum Erzwingungsstreik vorzubereiten. Dafür sollten bei den Warnstreiks überall Versammlungen und anschließende Streikkundgebungen stattfinden. Es ist wichtig, relativ bald alle Beschäftigten an einem gemeinsamen Streiktag rauszuholen, um Stärke zu demonstrieren.

Koordination mit anderen Streiks

Gerade in Zeiten wie jetzt sollten Kolleg*innen aus verschiedenen Bereichen im Kampf zusammen auf die Straße gehen können. Schließlich sind alle von den massiv steigenden Preisen betroffen, auch, wenn die Verhandlungen mit unterschiedlichen Arbeitgeber*innen stattfinden. Das heißt, ver.di sollte zu gemeinsamen Streikkundgebungen aufrufen, um so mehr Stärke zu zeigen.

Streikdemokratie

Wichtig ist auch, dass die Streikenden das Heft im Arbeitskampf selbst in der Hand halten. Die diesjährige Tarifrunde basiert zwar auf einem breiterem Beteiligungsprozess mit Befragungen im Vorfeld. Doch entscheidend ist, inwieweit die Mitglieder aktiv in Entscheidungsprozesse über Annahme oder Ablehnung von Verhandlungsangeboten und die Ausweitung von Streikmaßnahmen eingebunden werden. Werden die Streikenden jeweils nur zu einzelnen Arbeitskampfmaßnahmen aufgerufen, ohne selbst in die Diskussionen über Strategie und die jeweiligen Angebote eingebunden zu sein, entsteht ein Gefühl von Passivität. Können die Gewerkschaftsmitglieder im Arbeitskampf aber selbst mitentscheiden, kann das auch zu einer größeren Streikbereitschaft und damit der Kampfkraft führen. Es kann auch dazu genutzt werden, um nachhaltig gewerkschaftliche Strukturen in den Betrieben zu verbessern und neue Aktivenstrukturen zu schaffen. Daher ist es wichtig, regelmäßige Streikversammlungen abzuhalten, auf denen die Streikenden diskutieren können. Gewählte Delegierte aus den verschiedenen Standorten sollten auf einer Streikdelegiertenkonferenz zusammen kommen, um in Rückkopplung mit den streikenden Kolleg*innen vor Ort über Verhandlungsstand und alle nächste Schritte im Arbeitskampf zu entscheiden.

Nein zu Angriffen der Bundesregierung

Die Tarifkämpfe sollten auch mit Mobilisierungen gegen Kürzungen und Sozialreformen von Seiten der Bundesregierung verknüpft werden. Wir brauchen jetzt starke gemeinsame Mobilisierungen, um so Selbstbewusstsein zu stärken, und die Möglichkeiten gemeinsamer Demonstrationen und Streiks zu steigern. Denn während Milliarden in die Aufrüstung fließen, wird im sozialen Bereich der Rotstift angesetzt. Besonders deutlich zeigt sich dies an der geplanten Gesundheitsreform von Ministerin Nina Warken (CDU). Diese sieht allein in der gesetzlichen Krankenversicherung Einsparungen von 20 Milliarden Euro vor, was von der Gewerkschaft ver.di als „Kürzungssorgie“ auf Kosten der Patienten und Beschäftigten scharf kritisiert wird. Als nächstes stehen aber auch Angriffe auf Renten, Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und anderes an. Es braucht massiven Widerstand der gesamten Gewerkschaftsbewegung! Macht mit beim Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di!



Infos zu Treffen auf unserer Homepage:

www.netzwerk-verdi.de

Oder schreib uns:

info@netzwerk-verdi.de